

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	60
		TOP:	15
	Verhandlung	Drucksache:	1360/2021 Neufassung
		GZ:	SI
Sitzungstermin:	16.02.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Dr. Mayer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Häbe / pö		
Betreff:	"ReFIT - Regionale Förderung von Inklusion und Teilhabe" (Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg) - Verlängerung der Ermächtigung zur Einstellung von Personal und Fortführung des Projekts ab 01.03.2022		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 14.02.2022, öffentlich, Nr. 16
 Ergebnis: einmütige Zustimmung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 07.02.2022, GRDRs 1360/2021 Neufassung, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Das Sozialamt der Landeshauptstadt Stuttgart wird vom Gemeinderat beauftragt, mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg, die in Anlage 1 beigefügte Vereinbarung abzuschließen, damit die Landeshauptstadt Stuttgart unter den in der o. g. Vereinbarung genannten Bedingungen als Modellstandort an dem Projekt "ReFIT - Regionale Förderung von Inklusion und Teilhabe" des Ministeriums für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg weiterhin teilnimmt und das derzeit zum 28.02.2022 endende Projekt ab 01.03.2022 bis zum 31.12.2022 fortführen kann.
2. Vom zusätzlichen Personalbedarf im Umfang von 75 % einer Vollzeitkraft in der Entgeltgruppe 13 TVöD zur weiteren Teilnahme an dem Projekt "ReFIT - Regionale Förderung von Inklusion und Teilhabe" wird Kenntnis genommen. Das Sozialamt wird ermächtigt, außerhalb des Stellenplans, befristet für den Förderzeitraum

vom 01.03.2022 bis 31.12.2022 eine Beschäftigte/einen Beschäftigten im Umfang von 75 % einer Vollzeitkraft in der Entgeltgruppe 13 TVöD einzustellen. Die Zustimmung erfolgt vorbehaltlich des Förderbescheids durch das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg und nur in der Höhe des darin bewilligten Stellenanteils. Der Personalbedarf wird vom Ministerium für Soziales und Integration in der Entgeltgruppe 13 TVöD gefördert.

EBM Dr. Mayer stellt fest:

Der Verwaltungsausschuss stimmt dem Beschlussantrag ohne Aussprache einstimmig zu.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Sozialamt
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand